

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 3.50 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post
L. 70 vom 14.10.19, einschließlich des Abgabens. Einzelnummer 20 S.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Ver-
leger keinen Anspruch auf Vorfahrt der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rinaldstraße 11.
Druck: Nr. 5015 und 5016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile
je 10 S., die 22 mm breite Zeile je 8 S.; außerorts: 25 S. bzw. 4 S.
Ausland 2.— bzw. 4.— M. Abgabe lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 S. pro 1000.

Nummer 534

Samstag, 13. November 1920.

74. Jahrgang

Die Preußenwahlen.

Aus unserem Leserkreis werden wir darauf aufmerk-
sam gemacht, daß die Behauptung des Verfassers unseres
Beitrages in der vorigen Ausgabe, Reichstagsabgeord-
neter Dr. Moß, es ließe sich noch nicht ganz fest, wann
die Landtagswahlen in Preußen stattfinden, nicht zu-
triffe. Die Preußenwahlen seien auf den 13. Februar
festgesetzt. Das ist eine irrthümliche Ansicht, wie wir in einer
kurzen Notiz schon einmal festgestellt haben. Man hat sich
im Reichstags-Ausschuß der Preussischen Landesversammlung
sowohl für den 13. als auch für den 20. Februar unver-
bindlich ausgesprochen, aber ein endgültiger Be-
schluß liegt noch nicht vor. Da ein solcher überhaupt
nur von dem Plenum der Landesversammlung gefaßt
werden kann, muß man sich mit der vorläufigen allgem. inen
Rücknahme befriedigen, daß die Neuwahlen in Preußen um
die Mitte des Februar stattfinden werden.

Rot-Berlin.

Berlin 12. Nov. Heute Vormittag fand im Bürgeraal
des Berliner Rathauses die feierliche Einführung des Ober-
bürgermeisters Baumbach, des Bürgermeisters und der Magi-
stratsmitglieder in die neuen Ämter statt. Die hie-
sigen Funktionen haben sich ausschließlich nicht an der
Stimmung betheiligte. Stadtverordnetenpräsident Dr. West
sagte in seiner Begrüßungsrede an den neuen Magistrat, die Nicht-
betheiligung von erwählten Magistratsmitgliedern sei ein
Schlag ins Gesicht der Selbstverwaltung. Er bezeichnete den
neuen Magistrat als eine Körperschaft zur Vertretung der
Minderheit. Der sozialistische Magistrat werde sich
als eine sozialistische Wirtschaft einrichten.

Die Kohlennot Berlins.

Für den Bezirk Groß-Berlin sowie für Spandau und
die Kreise Teltow und Niederbarnim sind von der Kohlen-
wirtschaftliche Notstandsbestimmungen erlassen
worden, die eine Beschränkung der Stromlieferung an die
Industrie für die Tagesstunden vorsehen. Die Maßnahme
bestimmt die Anordnung des zurzeit in den Nachtstunden
noch ungenutzten, zur Verfügung stehenden Braunkohlen-
bestandes. Die Elektrizitätswerke Berlins, deren Stein-
kohlenvorräte nur noch für wenige Tage reichen, sind in-
folge des SpA-Abkommens nicht mehr in der Lage,
die für den vollen Tagesbedarf notwendige Elektrizität
selbst zu erzeugen.

In der „Kohlen- und Armeezeitung“ für die amerikanische
Besatzung vom 9. Nov. berichtet der Berliner Korrespondent
der „Chicago News“ über die Kohlenlage in Deutschland.
Er verleiht sich nicht nur zu der Behauptung, daß von
einer Kohlennot nicht die Rede sein könne, sondern er be-
ruht sich dabei sogar auf Erhebungen, die von einer ameri-
kanischen Kommission in Deutschland angestellt sein sollen.
Wegen dieser Behauptung hat sich der Berliner Vertreter der
amerikanischen Kommission ebenfalls verwahrt. Er erklärt,
daß niemals ein Journalist ermächtigt gewesen sei, irgend-
welche behauptete Erhebungen zu tun. Auch habe sich die
Kommission selbst niemals in diesem Sinne geäußert.

Wiederaufnahme des Verkehrs in Berlin.

Berlin, 13. Nov. Wenn auch gestern vormittag die
Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs in den verichte-
ren Richtungen noch schwach war, konnte doch gegen Mittag
wieder recht gut gefahren werden. Die Direktion der
Großen Berliner Straßenbahn steht auf dem Stand-
punkt, daß eine allgemeine Bezahlung der Strecken nicht
in Frage kommen kann. Es könne sich nur darum handeln,
die Arbeiter zu bezahlen, die tatsächlich durch den Elektrifi-
kations- und der Arbeitslosigkeit verhindert waren, und im
Uebrigen aber den Nachweis der Arbeitslosigkeit erbracht.
Durch den mit einem vollen Mißerfolg beendeten Streik
der öffentlichen Elektrizitätsarbeiter ist, wie der „Vorwärts“
schreibt, wieder einmal handgreiflich vor Augen geführt, wie
schwerwiegend, wenn nicht die gewerkschaftlichen Erfolge
in den Wind geschlagen werden sollen, nicht geführt
werden können. Außer der Berechnung der Forderungen
müssen Streiks, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben sollen,
auch getragen werden von der Sympathie der breiten Massen
für die Streikenden selbst. Das direkte Gegenteil war bei
diesem Streik festzustellen.

Die Machtprobe der Kommunisten.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, sind die Kom-
munisten entschlossen, nunmehr ihre Schlappe bei dem Elek-
trizitätsarbeiterstreik durch eine andere Machtprobe wieder
anzuknüpfen. Sie planen, ähnlich wie es in Italien der
Fall war, Kalküle oder durch verkürzte Arbeitszeit teil-
weise eingeschränkte Betriebe allgemein gewaltsam zu be-
setzen und die Betriebsleitung an sich zu reißen. Die Parole
lautet: Enteisung der Kapitalisten! Diese Aktion
ist voraussichtlich in der nächsten Woche eingeplant.
Die Expropriationsaktion soll vorläufig der Generalstreik
vorausgehen.

Aus Oberschlesien.

Beuthen, 12. Nov. In Josefzdorf wurde gestern der
Kaufmann Schneemann in seinem Geschäft erschossen.
Die Ermittlungen über die Gründe der Tat sind noch nicht
abgeschlossen. — In Breslau ist der Kreispolizist Dr.
von Zolmbach, der in einer Versammlung, in der es zu
erregten Szenen zwischen deutschen und polnischen Ver-
sammlungsmitgliedern gekommen war mit einem Revolu-
ver in die Menge schloß, wodurch ein Versammlungsmit-
glied schwer verletzt wurde, wegen Körperverletzung und
Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu einem Jahr Gefäng-
nis und 150 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Polnische Agitation im Ruhrgebiet.

In letzter Zeit ist das Rheinisch-Westfälische Industrie-
gebiet der Schauplatz einer umfangreichen polnischen
Verbetätigung geworden. Zahlreiche polnische Agenten, die
mit reichem Geld- und Propagandamittel ausgestattet sind,
haben sich an den wichtigsten Punkten des Industriegebietes
niedergelassen, um die dort anwesenden Oberschlesier zur
Stimmabgabe für Polen zu bewegen. Die Polen bieten
feste Geldsummen für jede zu Gunsten Polens abgegebene
oberschlesische Stimme.

Die Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 12. Nov. (Havas.) Die Lage im französischen
Bergarbeiterstreik hat sich nicht verändert. Das Büro des
Bergarbeiterbundes hat durch die hiesige Besetzung des Na-
tionalrates der Bergleute gebunden, keine weiteren Ver-
handlungen auf der von den Grubenbesitzern vorgeschla-
genen Grundlage zu unternehmen. Wenn bis Samstag keine
Änderung der Lage eintritt, so wird am Sonntag in den
für alle Grubenorte einberufenen Versammlungen der
Streikbeginn auf Montag den 15. Nov., angesetzt werden.
Das Büro des Bergarbeiterbundes weigert sich, über die
gesamten Beschlässe irgendwelche Mitteilungen zu machen.

Unterdrückung des Moskauer Aufsturs.

Kopenhagen, 13. Nov. Aus Kiga gingen zuver-
lässige Nachrichten ein, wonach die letzte Aufsturbewegung
in Moskau jetzt endgültig von der Sowjetregierung unter-
drückt worden sei. Der Aufsturm umfaßte vier Rote Regi-
menter und fast alle Arbeiter in den staatlichen Betrieben.
Die Sowjetregierung ging in schärfster Weise gegen die
Anführer vor. Sie gab dem Komitee für die Aufrück-
haltung der öffentlichen Sicherheit Befehl, eine große An-
zahl von Mitgliedern der Revolutionären Untersuchungs-
kommission zu kontrollieren, da diese Mitglieder beschuldigt
sind, nicht energisch genug gegen die Anführer vorzugehen
zu sein. In Moskau wurden 50 000 Mann besonders zu-
verlässiger Truppen zusammengezogen, um jede neue Auf-
sturbewegung niederzuschlagen.

Kämpfe in der Krim.

ms. Konstantinopel, 13. Nov. Die schweren
Kämpfe an der Krimfront nehmen ihren Fortgang. Die
Vollstetigkeit der Kämpfe mit Unstetigkeit an.
Nach einer Meldung des Pariser „Times“ ist in Boris
die 10. Infanterie eingetroffen, die Truppen des Generals Bran-
cael hätten sich aus ihren Hauptstellungen an der Ostfront
zurückziehen müssen.

Unerwünschte deutsch-russische Wirtschafts- beziehungen.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, ist die Reichs-
regierung von alliierter Seite dahin verständigt worden,
daß die angeblichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutsch-
land und Rußland nicht geeignet seien, die politischen Be-
ziehungen Deutschlands zu den alliierten Regierungen zu
konsolidieren. Auf alliierter Seite vertrete man den
Standpunkt, daß Deutschland es nötig habe, seine Aufmerk-
samkeit den Aufgaben der Wirtshaftserstellung zu widmen
und nicht der Anbahnung von Beziehungen zu einer Re-
gierung, die in der ganzen Welt nicht anerkannt würde.
Die Reichsregierung scheint offenbar unter dem Einfluß
dieser alliierter Äußerungen tatsächlich davon abzusehen,
sich auf einen Meinungsaustausch über die Anbahnung von
Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjet-Rußland einzulassen.

Ein neuer Vorstoß der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten rufen zu einem Ansturm gegen
den Militärarat, von dem Herr Scheidemann ja neulich ge-
meint hat, daß in ihm vor lauter Generalen und Pferden die
100 000 Mann verschwanden. Wie aus Berlin verlautet,
finden zurzeit Verhandlungen innerhalb der Parteien statt,
um den Widerstand der Sozialdemokraten, der leicht ver-
bündelt werden könnte, einzubämmen. Bisher haben sie
leider noch nicht viel Erfolg gehabt.

Die Zahl der Deutschen in Paris.

Nach einer von der „Albert“ veröffentlichten Statistik
hielten sich am 1. Oktober im Departement der Seine
1800 Deutsche auf.

Das englisch-französische Abkommen.

Ämtliche Mitteilungen.

Paris, 12. Nov. Ministerpräsident Poincaré hat dem
englischen Botschafter eine Note überreicht, die, wie das
Havasbüro erklärt, die Verhandlungen zwischen Paris und
London über das Verfahren zur Lösung der Wiedergut-
machungfrage festlegt. Die englische Regierung habe das
von Paris vorgeschlagene Verfahren gebilligt. Die Note
legt die verschiedenen Stufen der Durchberatung der Wiede-
rgutmachungsfrage fest:

1. Konferenz in Brüssel, bei der die verbündeten
Sachverständigen mit den deutschen Sachverständigen zu-
sammenkommen. Die Sachverständigen werden ihren Regie-
rungen Bericht erstatten, und das Protokoll der Sitzung
wird der Wiedergutmachungskommission mitgeteilt.

2. Eine Konferenz der verbündeten Minister wird in
Genf nach der Volksabstimmung in Oberschlesien zu-
sammengerufen, spätestens aber in der ersten Hälfte des
Februar, um die Frage der Wiedergutmachung als Ganzes
zu beraten. Die Deutschen werden an dieser Konferenz
mit beratender Stimme teilnehmen, wie in Spa. Die Teil-
nehmer dieser Konferenz in Genf werden ihren Regierungen
Bericht erstatten und jede der Regierungen wird sodann
ihrem Vertreter in der Wiedergutmachungskommission An-
weisungen geben über die Anordnungen, die sie aus der
Konferenz in Genf gezogen hat.

3. Die Wiedergutmachungskommission wird
sodann, entsprechend den Bestimmungen des Abkommens,
in der Festlegung des Gesamtabwägens und der
Zahlungswise der von Deutschland geschuldeten
Summen herangezogen und wird den Mächten einen Bericht
über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erstatten.

4. Der Oberste Rat wird zusammentreten, um alle
noch nötig erscheinenden Maßnahmen zu prüfen, wie Siche-
rungen und Strafmahnahmen.

Bei den gleichfalls noch beteiligten Regierungen werden
Schritte unternommen werden um ihre Zustimmung zu dem
hier geschilderten Verfahren zu erlangen.

ms. Paris, 13. Nov. (Havas.)

Anlaßlich des Aufsturbes einer Verhandlung
zwischen Frankreich und England über das Verfahren in
der Wiedergutmachungskommission betonen französische Kreise
besonders die Tatsache, daß das englische Auswärtige Amt
mit der Unterzeichnung des Abkommens bis zum 11. Nov.
wartete, dem Jahrestag der französischen Beendigung des Krie-
ges. Als weiteres Kennzeichen der dauernden und tiefen
Einigkeit betrachten sie die hiesigen Telegramme des Na-
tionalrates von England und Rußlands. Die zukünftigen Kreise
bemerkten, daß der Grundlag der Zusammenarbeit und der
Strafmahnahmen, für den Millerand so stark eintrat, in der
Note durchaus anerkannt wird. Die deutschen Kohlenliefe-
rungen würden nur durch diesen Grundlag gesichert, und
der Vertrag von Versailles werde wirksam gekräftigt aus den
Verhandlungen hervor. Das angenommene Vorgehen, um
die Wiedergutmachung festzustellen und zur Ausführung
zu bringen, trage einerseits den englischen Beschlüssen
Rechnung und befriedige andererseits die französische Auf-
fassung vollkommen.

Havas glaubt zu wissen, daß die Einigung auch in
vielen anderen Punkten vollkommen ist, besonders in der
Frage der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund.

Man nimmt an, daß in der kommenden Woche eine Zu-
sammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré stattfinden
wird.

Mexikanische Bolschewisten.

Mexiko, 12. Nov. In Aguascalientes kam es zwischen Ober-
sten und Sozialisten zu einem blutigen Zusammenstoß.
Die Sozialisten griffen ihre Gegner mit dem Schreie:
„Es lebe die Sowjetrepublik!“ an. Die Truppen hielten
die Ordnung wieder her. Es gab 185 Tote und zahlreiche
Verletzte.

Aus dem besetzten Gebiet.

Sehrenbach und Simons im Rheinland.

Düsseldorf, 12. Nov.
Reichsminister Sehrenbach und Außenminister Dr. Si-
mons sprechen auf ihrer Fahrt in das besetzte Gebiet am
Sonntag in einer Versammlung in Düsseldorf. Sie werden
wirtschafts- und sozialpolitische Fragen behandeln. Daran
schließen sich Besprechungen mit verschiedenen Berufsgrup-
pen. Auf ihrer Rheinlandreise werden sie am 10. November
auch nach Aachen kommen.

Militärische Ausgaben für das Saargebiet.

Saarbrücken, 12. Nov. Der französische Kriegs-
minister fordert in seinem Budgetentwurf für das Jahr 1921
41 750 000 Francs für die Unterhaltung der Truppen im
Saargebiet. Dieser Forderung liegt eine Aufstellung von
268 Offizieren und 7193 Mann an. Auf den Kopf der
Saartruppen, einschließlich Offiziere, entfällt demnach ein
Durchschnittsbetrag von 5590 Francs.

Aus Eupen.

Nach einer Mitteilung aus Aachen teilte in der Sitzung
der Stadtverordneten zu Eupen der Vorsitzende Graf
Metternich mit, daß er sich nicht entschließen könne, den
belgischen Treueid zu leisten. Der Gouverneur habe des-
halb seine Entlassung zum 1. Dezember angeordnet.

